

Bezugspreis:
Stiftungsbeilage Nr. 10. monatlich 10.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: monatlich 10.- M. einzeln zu
behalten. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Ostpreußen, Ost-
preußen und Ostgalizien 20.- M. Mit
den übrigen Ländern 27.- M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschoslo-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Venedig, Schweden
und die Schweiz.

Vormärz

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 19. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Die englische Presse gegen Briand.

Paris, 19. Juli. (WTB.) Der Londoner Korrespondent des
„Petit Parisien“ sagt, die englische Regierung habe noch keine
Stellung zur oberschlesischen Note genommen. Nach der Enquete,
die er angeführt habe, scheint das Foreign Office der Ansicht zu sein,
dass die augenblickliche Lage die Entsendung von Verstärkungen,
die die französische Regierung vorschlägt, nicht rechtfertige.
Ohne dass das Londoner Kabinett seinen Vorschlag zugunsten einer
sofortigen Regelung der oberschlesischen Frage aufgeben
wolle, scheint es keineswegs die Absicht zu haben, auch nur eine
Brigade nach Oberschlesien zu entsenden.

Der „Morning Post“ schreibt, dass die englische Antwort über Ober-
schlesien noch heute in Paris eintreffen werde, und dass man erst dann
sagen könne, wann der Oberste Rat zusammentreten werde. Ein
französischer, der Schweiz benachbarter Bezirk könne dafür in Frage
kommen, da Lloyd George sich ja im August in der Schweiz auf-
halten sollte und die italienischen Delegierten leicht hinkommen
könnten. Der „Morning Post“ bestätigt übrigens durch seinen Londoner
Korrespondenten, dass die britischen Behörden nicht geneigt seien,
ihre Truppenmacht in Oberschlesien zu verstärken, da die Tatsachen,
auf die Ministerpräsident Briand in einer Note angeführt habe,
nicht mit den optimistischen Berichten der englischen Vertreter über-
einstimmen, die der englische Kommissar in Oppeln erhalten habe.

Nach einer Meldung der Agentur Radio wird der Zusammen-
tritt des Obersten Rates ohne Griffschiebung verschoben, da Lloyd
George im August seinen Urlaub nimmt und Briand bis Ende Juli
nicht abkömmlich ist.

„Zunehmende Spannung“.

London, 19. Juli. (WTB.) „Daily Express“ versichert,
von zuständiger Seite gehört zu haben, dass in den Beziehungen
zwischen Großbritannien und Frankreich infolge der Differenzen
über die oberschlesische Frage eine zunehmende Spannung
eintrete.

Die „Times“ schreibt in ihrem Leitartikel, schnelle Rege-
lung des oberschlesischen Problems sei nach wie vor erforderlich,
indessen sei zuzugeben, dass die Lage, wie sie in der französischen
Note geschildert sei, ein vorheriges energisches Auftreten der Al-
liierten erfordere. Jedoch müsse betont werden, dass auf jeden Fall
ein engeres Zusammenwirken zwischen Frankreich und
England von höchster Wichtigkeit sei. Die „Times“ bedauert leb-
haft, dass im vorliegenden Falle die Alliierten durch irgendwelche
unerkennlichen Fehler in der diplomatischen Maschinerie verhindert
worden seien, einen gemeinsamen Schritt zu unternehmen,
so wie ihn die gegenwärtige desolate Lage erfordere.

„Westminster Gazette“ schreibt: Die Entsendung neuer
Truppen, um die Deutschen in Ordnung zu halten, bringt uns der
Lösung nicht näher, wenn nicht die gleiche Maßnahme gegen die
Polen angewendet wird. Eine erneute Zusammenkunft von Sach-
verständigen kann nur den einen Erfolg haben, eine neue
Verzögerung herbeizuführen. Ein Kompromiß zwischen
dem französischen und dem englischen Standpunkt ist in wirtschaft-
licher wie in sozialer Beziehung schlecht, da es ein Gebiet aus-
einanderreißen würde, das wirtschaftlich zusammengehört. Aber alles
andere ist besser, als die Fortdauer der gegenwärtigen Unsicherheit.
Das Blatt fragt zum Schluss, ob vielleicht die oberschlesische Frage,
die Frage der Zwangsmaßnahmen und der Vertrag von Sevres
bis zur Abrüstungskonferenz unerledigt bleiben
sollen, und ob auf dieser Konferenz die Kämpfe des Obersten Rates
fortgesetzt werden sollen. Das Blatt richtet einen scharfen Appell
an Frankreich, die Politik des Hinhaltens aufzugeben, damit Frank-
reich und England einig nach Washington gehen könnten.

„Evening Standard“ schreibt: Offenbar plane Frankreich
wieder ein isoliertes Vorgehen. Das Blatt sagt, der
Krieg sei doch schließlich seit beinahe drei Jahren zu Ende. Unter
diesen Umständen erscheine das Argument, die technische Kommission
habe keine ausreichende Zeit gehabt, absurd. Es sei gefährlich, bei
der deutschen Regierung und besonders bei den Führern der deut-
schen Irregulären den Eindruck zu erwecken, dass Frankreich auf
eigene Faust vorgehe. Deshalb müsse Frankreich ebenso höflich wie
ernst darauf hingewiesen werden, dass der einzige Weg zu sicheren
Zustandnissen in einem gemeinsamen Vorgehen der Alliierten
liege, und dass dieses Vorgehen auf eine sofortige und endgültige
Regelung der oberschlesischen Frage abzielen müsse.

„Morningpost“ schreibt: Briand habe einen Vorschlag gemacht,
der darauf hinfomme, die nächste Sitzung des Obersten Rates auf
unbestimmte Zeit zu verschieben. Dieser Vorschlag habe die britische
Regierung enttäuscht und in amtlichen Kreisen Gefühle erweckt, die
aber Enttäuschungen hinausginge. Im Zusammen-
hang mit der französischen Behauptung, dass die Truppen des Gene-
rals Höfer nur zum Schein aufgelöst wurden, habe der britische
Oberkommissar eine sofortige und gründliche Untersuchung an-
geordnet.

Neuwahlen in Schweden. Der schwedische Ministerrat beschloß,
den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen zur Zweiten Kammer
auf die Zeit vom 11. bis 13. September anzuberaumen.

Albert Thomas in Berlin.

Auf seiner Rückreise von der Sitzung des Verwaltungsrats des
Internationalen Arbeitsamts in Stockholm über die
belgischen Lande nahm der Direktor dieses Amts, Albert
Thomas, Gelegenheit, einige Stunden in Berlin zu verweilen,
um auch mit der deutschen Regierung Fühlung zu nehmen. Vor
allen Dingen lag Thomas die Ratifizierung der Vereinbarungen und
Empfehlungen der Arbeiterschulkonferenz in Washington
und Genua am Herzen. Er wies darauf hin, dass Deutschland früher
gerade in dieser Beziehung an der Spitze marschiert sei, und dass
es allenthalben eigenmächtig verführe, wenn die Ratifizierung
der Beschlüsse der Washingtoner und Genueser Konferenz
gerade in Deutschland so lange auf sich warten lasse. Bei der Be-
sprechung im Reichsarbeitsministerium legte Ministerialdirektor
Siesart den Stand der Dinge klar und wies auf einige der
Schwierigkeiten sowie der neuesten Gesetze, wie z. B. der Wochenfür-
sorge, hin. — Einverständnis bestand darüber, dass Deutschland
wenigstens die Empfehlungen und Vereinbarungen der Konferenzen,
über die unter den Parteien und Behörden in Deutschland selbst
keine Meinungsverschiedenheiten beständen, ratifizieren könnte.
Thomas erklärte sich gern bereit, in den übrigen Punkten zur Klä-
rung von Fragen beizutragen, um dadurch eine Ratifizierung der
in Deutschland noch strittigen Punkte herbeizuführen.

Thomas besuchte auch den Reichskanzler Dr. Birk und den
Wiederaufbauminister Rathenau. Es wurde in allen diesen
Unterhaltungen auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die
Deutschland auch in sozialer Beziehung aus den Sanktionen und den
Wirren in Oberschlesien erwachsen sind.

England und die Leipziger Urteile.

London, 19. Juli. (WTB.) Der Parlaments-Korrespondent des
„Daily Telegraph“ meldet: Das Unterhausmitglied Major Christopher
habe eine Anfrage an das Unterhaus gerichtet zur Unterstützung
eines Antrages, der dem Unterhaus vorgelegt worden ist. Nach
diesem Antrag soll das Haus seine Unzufriedenheit mit dem
Ergebnis der Leipziger Prozesse aussprechen und die
Regierung auffordern, Schritte zu unternehmen, um die Be-
stimmungen des Versailler Vertrages zur Anwendung zu bringen.

Im Unterhaus erklärte der Generalsstaatsanwalt auf eine An-
frage, er habe nicht feststellen können, ob Kapitänleutnant Bagig
sich tatsächlich im Augenblick in Danzig aufhalte. Die Anfrage, ob
die Alliierten die Befugnis hätten, ihn offiziell in Danzig verhaften
zu lassen, verneinte der Generalsstaatsanwalt.

Memels Wunsch nach Selbständigkeit.

Memel, 19. Juli. (WTB.) Das „Memeler Dampfboot“ meldet:
Die Führer sämtlicher großen Berufsgruppen des Memellandes
übergaben dem Oberkommissar des Memelgebietes Petitione eine ent-
sprechende Entschliebung mit der Bitte um Weiterleitung an die
Vollhafterkonferenz, worin erklärt wird, die überwältigende Mehr-
heit der memelländischen Bevölkerung habe den Wunsch, das memel-
ländische Volkstum in einem selbständigen Staatsgebilde
zu erhalten. Politisch wolle sie weder Litauen noch Polen zu-
geteilt werden, betone aber ihre aufrichtige Bereitwilligkeit, mit
allen Nachbarländern Handelsverträge abzuschließen. Sie
sei bereit, Deutschland, Litauen, Polen und Lettland freie un-
behinderte Benutzung der Eisenbahnen und Wasserstraßen und des
Memeler Hafens einzuräumen. Oberkommissar Petitione erklärte bei
Entgegennahme der Adresse, dass die Entscheidung allein bei der
Vollhafterkonferenz liege.

Die Abrüstungsgegner in Japan.

London, 19. Juli. (WTB.) Nach einer Meldung der Associated
Press aus Tokio besteht in Japan die Auffassung, dass das Land in
der Frage der Washingtoner Abrüstungskonferenz einer Krise
ersten Ranges gegenüberstehe. In dem Lager der Konferenz-
gegner seien besonders Mitglieder der Diplomatie zu finden, denen
auf der anderen Seite eine starke liberale Gruppe gegenüberstehe.

Der New Yorker Korrespondent der „Westminster Gazette“ er-
klärt, von zuständiger Seite erfahren zu haben, Präsident Harding
sei einer Einbeziehung der Frage der Philippinen in die
Besprechungen der Abrüstungskonferenz nicht abgeneigt. Tatsäch-
lich werde die Unabhängigkeit der Philippinen davon abhängig sein,
ob die Mächte sich bereit finden werden, ihre territoriale Unver-
letzlichkeit zu garantieren.

Die Weigerung der englischen Regierung, die Korrespondenz-Presse
mit amtlichen Informationen zu versehen, bildete den Gegenstand
einer Anfrage im Unterhaus. Lloyd George erklärte, die Maßnahme
habe mit der politischen Haltung des Postsekretärs nichts zu
tun und sei lediglich erfolgt, weil der Außenminister Curzon durch
die „Times“ im Zustande der Verächtlichkeit gemacht worden sei. Im
übrigen sei die „Times“ seit langem nicht mehr die Vertreterin des
gebildeten und offiziellen England.

Zum Programmwurf.

Von Eduard David.

Der veröffentlichte „Entwurf eines sozialdemokratischen
Programms“ fordert in verschiedener Hinsicht zur Kritik her-
aus. Das in der Einleitung weise umgrenzte, in absehbarer
Zeit durchführbare Maß der Sozialisierung — die Vergesell-
schaftung der „großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe, so-
weit sie bereits zu Privatmonopolen geworden sind oder eine
das Wirtschaftsleben der Nationen beherrschende Machtstellung
erlangt haben“ — ist leider in den Sonderprogrammen nicht
überall eingehalten worden. So wird z. B. in dem Abschnitt
über Gesundheitspflege die Vollsozialisierung
„des gesamten Heil- und Gesundheits-
wesens“ verlangt. Das hieße also Verbot jeder privaten
ärztlichen Praxis. Wer an die Durchführbarkeit dieser Maß-
nahme glaubt und Verlangen trägt, möglichst viel weitere staat-
liche oder kommunale Desajewirtschaften zu schaffen, mag sich
dafür begeistern. Ich teile diese Begeisterung nicht. In selb-
stämiger Inkongruenz hat man im Abschnitt Rechtspflege
von der Forderung der Sozialisierung der Rechtsanwaltschaft
abgesehen. Wenn die Ärzte sozialisiert werden sollen, warum
dann nicht auch die Rechtsanwälte und noch einige andere
freie Berufe gleich mit?

Jedoch ich will auf dieses und anderes nicht näher ein-
gehen. Was mich dazu treibt, ein öffentliches Wort der Kritik
zu sprechen, ist das vorgeschlagene Agrarprogramm. Dazu
gehört logisch und sachlich die unter Wohnungswe-
sen als Punkt vorgeschlagene „Vergesellschaftung des
Grund und Bodens“. Ich weiß nicht, an welche prak-
tischen Maßnahmen die Verfasser bei Aufstellung dieser For-
derung gedacht haben. Haben sie dabei, was Freund und
Feind zweifellos herauslesen werden, an die Enteignung
aller landwirtschaftlichen Besitzer und Eigentümer an Wohn-
und Gartengrundstücken gedacht, so muß diese Forderung so-
wohl vom Standpunkt der Theorie des wissenschaft-
lichen Sozialismus, wie von dem der praktischen
Wirtschaft aus scharf abgewiesen werden.

Das Erfurter Programm forderte nur „die Ver-
wandlung des kapitalistischen Privateigentums an
Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Berg-
werke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in
gesellschaftliches Eigentum“. Und Kautsky lehnt in der
partei-offiziellen Erläuterungsschrift die „unsinnige For-
derung“ ab, anderes als kapitalistisches Eigentum zu vergesell-
schaftlichen. Ja, er sagt: „Für die Kleinbetriebe
wird auch wohl nach dem Siege des Proletariats das
Privateigentum an den Produktionsmitteln
fortdauern — von einer Konfiskation der
kleinen Bauerngüter und Handwerksbetriebe
phantasieren nur unsere Gegner.“ (S. 25 der
Erläuterungsschrift.)

Jeder, der für die Sozialdemokratie auf dem Lande ge-
wirkt hat, weiß, wieviel uns trotzdem diese „Phantasie“ un-
serer Gegner, gestützt auf allerlei Fiktion gedankenloser Leute,
zu schaffen gemacht, und wie sehr sie uns die ohnehin nicht
leichte Arbeit in den Dörfern noch erschwerer hat. Und nun
will man unseren Gegnern mit einer solchen allgemeinen Ver-
gesellschaftungsphrase eine Keule in die Hand drücken, mit der
sie unsere ganze Werberbeit unter den kleinen Landwirten
und Besitzern einer Wohnheimstätte mühelos tötschlagen
können?!

Das Agrarprogramm der kommunistischen Par-
tei Deutschlands sagt über das Verhältnis der Bauern
in der sozialistischen Gesellschaft:

„Das Privateigentum des Kleinbauern an Land und Arbeits-
mitteln bleibt unangefastet. Er erhält das bisher von ihm bewirt-
schaftete Land zur freien Verfügung überwiegen.“

Man muß in der Politik das Gute nehmen, woher es
kommt. Ich schlage darum vor, diesen Satz auch an die
Spitze unseres Agrarprogramms zu stellen.
Der Phantasie unserer Gegner über die Enteignungsabsichten,
mit denen die Sozialdemokraten angeblich die Arbeitsbauern
bedrohen, muß endlich der Hals umgedreht werden, gründlich
und so, daß alle Welt das Knacken hört.

Außerdem aber ist zu bemerken, daß die ausnahmslose
Vergesellschaftung des Bodens in unverdächtigem
Widerspruch zu dem Reichsiedlungsgesetz
steht, das zuerst als Reichsiedlungsverordnung vom
29. Januar 1919 von einem rein sozialistischen
Ministerium eingebracht wurde und einmütig von
den sozialdemokratischen Parlamentariervertretern gebilligt
worden ist. Durch das Reichsiedlungsgesetz und
ebenso durch das mit unserer Zustimmung
unter einem sozialdemokratischen Minister
zustandegebrachte Reichsheimstätten-
gesetz wird neues, wenn auch in gewisser Hinsicht
gebundenes, kleines Grundeigentum (Renten-
güter, Wohn- und Wirtschaftsheimstätten) geschaffen.
Die Partei kann unmöglich diese ihre eigene Politik nachträglich
verleugnen wollen.

Auch das in Punkt 6 der neuen Agrarvorschläge ausge-
sprochene Verbot „Grund und Boden, der sich schon

Sprünge im bayrischen „Ordnungsblok“.

Aus München wird uns geschrieben:
Seit vorigem Donnerstag tagt förmlich in Vermönung ein „wichtiger Ministerrat“, über dessen Beschlüsse bzw. Entschlüsse Inoffiziell man sich die geheimnißvollsten Nachrichten zuraunt: Millionenprojekte auf der einen Seite, Ministerkandidalen (Landwirtschaftsminister Wügelhofer gegen Justizminister Roth, Handelsminister Hamn gegen den Zentrumsherrgott Schlittenbauer) auf der anderen Seite.

Der tiefere Grund der gegenwärtigen Spannungen zwischen den höchsten Rabinetsmitgliedern dürfte in der landwirtschaftlichen Besteuerungskrisis und in der daraus resultierenden Bereiztheit zwischen Lebensmittelproduzenten und Konsumenten gelegen sein. Die Beratungen über den Entwurf zur Änderung des Gewerbe-, Grund- und Haussteuergesetzes im Landtag hat eben gezeigt, daß in Bayern die Wirkung der Gewerbesteuer gegenüber der Grundsteuer eine zehnfache ist und daß das Vorrrecht der Landwirtschaft, das diese in der Kreissteuer besitzt, sich in der Form auswirkt, daß der Hausbesitzer auf dem Lande kaum mehr als 50 Pf. Haussteuer bezahlt, also nicht entfernt soviel wie die Erhebung der Steuer ausmacht.

Die Ausführungen der sozialdemokratischen Bericht-erstatler über dieses Mißverhältnis der Steuerbelastung von Stadt und Land haben großen Eindruck im Ausschuss wie in der breiten Öffentlichkeit gemacht. Alles ist sich der Notwendigkeit einer baldigen Verringerung bewußt; nur der „Miesbacher Anzeiger“ wütet: „Hört ihr ihn gehen, den Sozi? Er will, daß aller liegende Besitz aufs zehnfache taxiert, mit Hypotheken belastet wird, die den gesonten Bauernstand im Land vernichten müssen!“ und behauptet fälschlich: „Von zehn Häusern tragen heute neun viel weniger als 1914!“ Dann droht er lähm mit dem Kleberkreuz: „Aber der Besitzende fängt nicht damit an, daß er selber weniger ist, sondern damit, daß er anderen weniger zu essen gibt. Er läßt wenig oder nichts mehr bauen, er kauft weniger, er stellt weniger Leute an!“

Nun hat diese Spannung zwischen Stadt und Land bereits zu einem ernstlichen Zusammenstoß des Landwirtschaftsministers mit Verbräucher- und Produzentenkreisen der „Kornkammer Bayerns“, der Gegend von Straubing-Deggendorf geführt. Er hatte nämlich einen Staatsanwalt wegen dessen Eingriff in die landwirtschaftliche Preisbestimmung förmlich gedroht und dadurch den stürmischen Widerspruch von Stadtverordnungen und Presseorganen, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken hervorgerufen. Neben der „Mugsburger Abendzeitung“ ereifert sich der „Nationalsozialist“ mit folgenden Worten: „Eine Unerschämtheit sondergleichen ist es, daß ein Minister einen Staatsanwalt, der seine Pflicht tut einer Verbrecher-gesellschaft gegenüber, wie sie die Wucherer darstellen, mit Bestrafung bedroht. Wenn der Mann auch nur einen Funken sozialen Gewissens in sich hat, dann muß er auf eine derartige Ungehörigkeit hin wissen, was er zu tun hat: Abtreten und schleunigst verschwinden!“

Also dasselbe Blatt, das den nationalistischen Schleppträger der Regierung Kahr darstellt, wendet sich gegen dessen Wirtschaftspolitik. Die Sprünge im Ministerium Kahr sind also vorhanden. Sie waren auch in einer zweimaligen Minister-ratsitzung nicht zu überkleistern. Nächste Woche sollen die Referenten des Justiz- und Landwirtschaftsministeriums die Arbeit von neuem aufnehmen. Nicht wiedergutzumachen sind aber die gehässigen persönlichen Ausfälle des Führers der Bayerischen Volkspartei gegen den Demokraten Hamn, dem unfaulere Beziehungen zu der Firma West-helmer vorgeworfen waren.

So wird auch das Ministerium Kahr mit der Zeit nicht dem Schicksal jeder Gewalt- und Habsregierung entgehen — dem traurigen Ende durch das Aufgehen der selbst ins Volk gelegten Saat der Unduldsamkeit und Vergiftung.

Das Koalitionsrecht der Soldaten aufgehoben!

Das Reichswehrministerium hat folgende Verfügung erlassen:

Auf Grund des § 37 des Wehrgesetzes verbiete ich den Soldaten (Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften) die Zugehörigkeit zum Reichswirtschaftsverband deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten und zum Deutschen Offiziersbund.

Ich halte mich zu diesem Verbot aus grundsätzlichen Erwägungen im Interesse von Staat und Wehrmacht verpflichtet, weil ich in der Art der Organisation und Betätigung dieser Verbände eine Gefahr für die Disziplin, die Kameradschaft und den inneren Zusammenhang der Truppe erblicke, wenn auch den Vätern selbst, wie ich gern anerkennen will, die Absicht Disziplin störend zu wirken, fern gelegen hat.

Um etwaige Härten bei dem Ausscheiden der Soldaten aus den Wehrkreiskommandeure und Marine-Stationsschefs für das Ausscheiden aus den Wehrkreiseinrichtungen Uebergangsbestimmungen zu treffen und ersuche, mir über die Anordnungen zum 15. August d. J. Bericht zu erstatten.

Hierzu erfahren wir:
Das Verbot ist eine Verfügung des Ministers, vor deren Erlaß weder das Kabinett noch der Reichstag noch die gewählte Vertretung der Truppe, die Heeres- und Marine-kammer, gehört worden sind. Der Reichstag hat im Wehr-gesetz den Soldaten grundsätzlich das Recht der Zugehörigkeit zu nichtpolitischen Vereinigungen zugestanden. Unter-dessen hat zwar der „Deutsche Offiziersbund“ in wiederholten hochpolitischen Kundgebungen gegen die Reichsregierung Stellung genommen, während das Verhalten des Reichswirtschaftsverbandes nach mehrfachem eigenen Zugeständnis des Ministers einwandfrei gewesen ist. Wenn nun der Minister lediglich aus dem Zwange heraus, gegen offensichtliche Verfehlungen der Offiziere ein-zuschreiten zu müssen, auch den Unteroffizieren und Mannschaften den letzten Rest ihrer staatsbürgerlichen Rechte nimmt, so mögen die Unteroffiziere und Mannschaften durch das ihnen widerfahrene Unrecht sich nicht provozieren, nicht zu Unüberlegtheiten hinstreben lassen, durch die sie ihre gerechte Sache nur in Mißkredit bringen könnten, sondern darauf vertrauen, daß die Volksvertretung ihr Recht gegenüber dem Minister wahrnehmen wird.

Beachtigung. In unserer Notiz „Zur Wahrheit gezwungen“ in der heutigen Morgenausgabe muß statt von „Wiederaufnahme der ententmilitärischen Anwaltschaft“ natürlich von „Nicht-wiederaufnahme“ die Rede sein.

Neue Faschistenkämpfe. Nach italienischen Blättermeldungen ist es zu Zusammenstößen zwischen Faschisten und Kom-munisten in San Stefano di magra und einem Nachbarort ge-kommen. Vier Tote und zwanzig Verwundete werden gemeldet.

Groß-Berlin

Repp!

In dem Theater an der Köpenicker Straße kann man folgen-des erleben. Man wünscht einen Theaterzettel. „Bitte“, sagt der Logenschlichter. — „Repp!“ — „Eine Mark fünfzig.“ — „Wozu?“ — Der Logenschlichter lacht gar nichts und will sich abwenden. Man braucht den Zettel, zahlt und reißt den Verschlußstreifen ab. Da fällt einem ein blaues Heft in die Hand, darauf steht als Titel: „Der Souffleur“. Und darunter: „Reklameblätter der Reinhard-Bernauer-Bühnen.“

Man preist auf die Reklameblätter der Herren Reinhard und Bernauer. Man will doch nur einen Personenzettel für die Er-stübne haben. Aber nein, den bekommt man nur, wenn man die Reklameblätter nimmt. Und die bekommt man wieder nur, wenn man eine Mark und fünfzig Pfennig zahlt. Wäre es nun nicht die Bühne der angesehenen Firma Reinhard-Bernauer, so würde man glattweg sagen: Repp. Aber die Firma Reinhard-Bernauer mag so anständig sein wie sie will, es ist doch nicht häßlich von ihr, daß sie die Theaterbesucher, die einen Personenzettel der Erstübne haben wollen, zwingt, ihr ausdrücklich als Reklame bezichtigtes Heft kaufen zu müssen.

Denn wozu? Zwang wird immer als ungehörig, als etwas Undemokratisches empfunden. Und mit Recht. Der Zwang, den wir uns bis zum November 1918 gefallen ließen, hat uns im Aus-land verächtlich gemacht. Also, verehrte Firma Reinhard-Bernauer, heben Sie den Zwang auf und lassen Sie Ihre Reklameblätter kaufen, wer sie zu kaufen wirklich Lust und Geld hat.

In den Fängen eines Erpressers.

Zu Hausdiebstählen gezwungen wurde eine Verkäuferin, die in einem hiesigen großen Konfektionshaus für Damen- und Kinder-kleidung beschäftigt war. Der Wert der gestohlenen Sachen belief sich, als man jetzt hinter die Diebstähle kam, bereits auf eine halbe Million Mark. Das junge Mädchen hatte sich bereits im Jahre 1918 kleine Verfehlungen zuschulden kommen lassen, indem es kleine Seidenreste zu sich steckte und mit nach Hause nahm, um sich davon eine Bluse oder sonstige Sachen zum eigenen Gebrauch zu machen. Als es einmal etwas mehr war, schenkte es den Rest einer Freundin. Diese hatte jedoch selbst keine Verwendung dafür und verkaufte ihn an den Händler Otto Thiele in Moabit. Dieser erhielt auch Kenntnis davon, daß der Stoff gestohlen war und nun leitete er die Daumenschrauben an. Unter Drohungen mit Anzeige zwang er die junge Verkäuferin, ihm weitere Seidenstoffe und auch andere Sachen zu beschaffen. Er ging so weit, daß er einfach vor dem Geschäft erschien, der Verkäuferin einen Zettel hineinschickte, auf dem er um bestimmte Sachen ersuchte und dann wartete, bis sie nach Feierabend das Geschäft verließ. Er ließ sich die Sachen dann ausbändigen und entfernte sich damit, ohne daran zu denken, dem Mädchen etwas dafür zu geben. Als jetzt endlich das Mädchen bei einem Diebstahl abgefaßt wurde, gestand es ein, daß der Händler es zu den Dieb-stählen gezwungen hatte. Daraufhin wurde auch dieser festgenommen.

Dieser Fall, der nach dem vorliegenden Bericht ziemlich klar zu liegen scheint, könnte Anlaß für die Justiz sein, einmal scharfe Arbeit zu leisten. Mit Recht wird das Mißempfinden des Volkes bei dem jungen Mädchen sein, und unsere Justiz würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie der Festgenommenen, die selber in Deutschland üblich gemordene monatelange Unter-suchungshaft erspart. Hoffentlich auch findet sie milde Richter, denn die Seelenqualen, die sie in Fängen des Erpressers ausgehalten hat, müssen unsäglich gewesen sein.

Kinder, die ohne Liebe aufwachsen.

„Wir wollten schon lange ein Kind aufziehen, aber wir wußten nicht, wohin wir uns zu wenden haben.“ Wie vielen Kindern mag aus solch ähnerem Grunde der Segen eines Eltern-hauses verweigert bleiben. Und dabei seien in allen Teilen Deutsch-lands die Mitarbeiter vieler Fürsorgevereine ihre ganze Arbeits-kraft dafür ein, heimatlosen Kindern ein Elternhaus zu verschaffen.

Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge in Berlin, R. 24, Rindfleischplatz 3, ist gern bereit, derartige Stellen nachzuweisen. Bei ihr selbst gehen täglich von überall der Meldun-gen von Kindern ein, die nach genauer Prüfung der gesundheitlichen und familiären Verhältnisse zur Adoption vorgeschlagen werden — könnten, wenn genügend aufnahmebereite Ehepaare bekannt wären. Aus Unkenntnis dieser Vermittlungsstellen, die als Wohlthaten-richtungen völlig unentgeltlich ihre Arbeit tun, sehen viele Ehepaare Annoncen in die Zeitungen oder melden sich auf Kindesabgabe-inferate. Nach Erfahrung der Kooperationsvereine ist dieses Ver-fahren meist zwecklos, ja gefährlich, denn es ist für den Privat-mann fast unmöglich, die Verhältnisse des betreffenden Kindes fest-zustellen und die umständlichen Verhandlungen mit den Vormündern und Gerichten zu führen.

„Wir können Ihnen gar nicht genug danken, Sie haben uns einen Sonnenschein ins Haus geschickt,“ schrieb uns neulich ein Adoptivelternepaar, dem wir ein Kindchen übermitteln hatten. Jedes Ehepaar, dem Kinder verlost sind und das die Früchte seiner Arbeit allein und ohne rechte Freude genießt, sollte sich diesen „Sonnenschein“ verschaffen. Jeder kann, wenn er nur etwas Geduld hat und in der richtigen Weise sucht, das gerade für ihn passende Kind finden — gibt es doch genug verlassene, heimatlose Kinder in Deutschland, Kinder, die zwar aus öffentlichen Mitteln gerade so viel Pflege und Aufsicht erhalten wie sie zum Leben brauchen, denen aber das fehlt, was sie zum wirklichen Gedeihen noch nötiger haben, was ihnen einen Halt für das ganze spätere Leben gibt: die Liebe, das Elternhaus.

Der Umsteigefahrschein.

Von Tegeel nach Mariendorf über Alexanderplatz.

Als in Berlin für das ganze, der Stadt gebörende Straßenbahn-netz der Umsteigefahrschein eingeführt wurde, glaubte man, daß die Beodlterung diesen Fortschritt mit Freude begrüßen und den gebotenen Vorteil eifrig ausnützen werde. Bisher finden aber die Umsteigefah-scheine noch nicht die Beachtung in dem erwarteten Umfang, und unter denen, die mal einen solchen Fahrschein nehmen, sind noch viele, die darüber klagen und schelten, daß sie „nur Verdruß davon“ haben. Leider sind die Vorurteile über die Benutzung von Umsteigefahrscheinern so unklar, daß man sich nicht wundern kann, wenn es fortwährend peinliche Auseinandersetzungen zwischen Fahrgästen und Schaffnern gibt.

Da die Beförderungsbedingungen lauten: „Die Rückfahrt, auch durch andere Straßenzüge, ist nicht gestattet“, so nehmen wohl die meisten Fahrgäste an, daß mit dem Umsteigefah-schein nur eine wirkliche Rückfahrt nach dem Ausgangspunkt der Fahrt nicht gestattet ist. Oft aber werden Fahrgäste von den Schaffnern dahin befehrt, daß überhaupt jeder Umweg, der Gelegenheit zu einer unberechtigten Ausnutzung des Umsteigefahrscheinens geben könnte, verboten sei. Man soll, sagen die Schaffner, möglichst den kürzesten Weg wählen, den man mit einmögtem Umsteigen machen kann. Wer einen erheblichen Umweg macht, erweckt den Argwohn, daß er unterwegs noch irgendwelches anderes Geschäft miterledigt und dann statt zwei Einzelfahrten nur eine Umsteigefahrt bezahlt. Mi-unter hört man Fahrgäste erklären: „Ich kann doch fahren, wie es mir paßt, und unterwegs tun, was ich will. Dazu ist doch der Um-steigefahrschein da, daß ich ihn, wenn es geht, zu zwei Beförderungen ausnütze.“ Rein, dazu ist er allerdings nicht da. Er soll eine Fahr-preiermäßigkeit für einen Weg gewährleisten, den man mangels einer durchgehenden Linie in zwei Fahrten machen muß.

Wozum sonst nicht die Straßenbahndirektion durch klaren Wortlaut der Bestimmungen dafür, daß hierüber unter verständigen Menschen keine Meinungsverschiedenheit entstehen kann? Sie würde nicht nur Fahrgästen, sondern auch dem Personal manchen Kummer ersparen. Wenn heute ein Schaffner auf unzulässige Ausnutzung eines Umsteigefahrscheinens hinweist, kann er es erleben, daß er nicht nur den betrübsamen Gehrauß, sondern auch noch verächtliche andere Fahrgäste gegen sich aufbringt, die sich hineinmengen. Er ist es dann, der all die Grobheiten und Schimpfworte — „das ist ja die reine Repperei!“ und ähnliche Aus-drückungen — einstecken muß.

Manchmal nötigen übrigens auch die Bestimmungen, nicht den kürzesten Weg zu fordern, sondern darauf zu bestehen, daß ein Umweg gemacht wird. Vor einiger Zeit teilte ein Leser uns mit, daß er auf einem Weg von Tegeel nach Mariendorf mit Umsteigefahrschein zunächst mit Linie 25 nach der Charlottenstraße nördlich der „Linden“ fuhr und dann von der Charlottenstraße südlich der „Linden“ mit Linie 70 weiterfahren wollte. Weil beide Linien einander hier nicht berühren, erklärte der Schaffner, der Fahrgast hätte nicht umsteigen dürfen, sondern von Tegeel nach dem Alexanderplatz fahren und dann dort nach Mariendorf umsteigen müssen. Der Fahrgast war genötigt, für sich und seine Angehörigen Einzelfahrschein nachzukaufen, andersfalls hätte der Schaffner die Weiterfahrt nicht gestattet. Wir empfehlen der Straßenbahndirektion dieses Kuriosum zur Beachtung und raten, die Vorschriften entsprechend abzuändern.

Die Vermehrung der Fahrkartenausgaben.

Ueber den Umfang und die Durchführung des in Aussicht ge-nommenen Ausbaues der Fahrkartenausgaben aus Stadt- und Ring-bahnhöfen wird uns von gut unterrichteter Seite folgendes mitge-teilt: Der Ausbau der Fahrkartenausgaben der Berliner Stadt- und Ringbahnhöfen richtet sich einmal nach dem Bedarf, in zweiter Linie aber auch nach den für diesen Zweck von Fall zu Fall be-willigten Mitteln. Geplant ist der Ausbau der Stadtbahnhöfen, fahrrartenausgaben mit Ausnahme der Bahnhöfe Charlottenburg, Börse und Friedrichstraße (für letzteren wird der Ausbau mit dem Umbau des Bahnhofes verbunden). Bisher bemittelt sind die Mittel für die Bahnhöfe Bellevue, Zoo, Savignypfad, Alexanderplatz, Jannowbrücke und Warschauer Straße. Mit dem Umbau wird alsbald begonnen werden, doch werden sich die Bauarbeiten voraus-sichtlich bis zum Herbst hinstrecken. — Sehr gut und sehr lobenswert, aber was nützen die Schaffner, wenn gerade in der Stunde des großen Verkehrs nicht genügend geöffnet sind.

Einsam und verlassen gestorben. Die 70 Jahre alte Renten-empfängerin Anna Sobel aus der Bülowstr. 10 war seit mehreren Tagen nicht gesehen worden. Als jetzt aus ihrer Stube ein starker Geruch bemerkbar wurde, sah man sich nach ihr um und fand sie tot daliegen. Die vorgeschrittene Verwesung ließ erkennen, daß die Frau schon vor mehreren Tagen verstorben war.

Einem schrecklichen Tod erlitt das fünf Jahre alte Töchterchen Charlotte des Ehepaars Böhm aus der Kreuzgasse 7. Frau Böhm hatte Kaffee gekocht und die Kanne mit dem heißen Kaffee auf die Kochmaschine gestellt. Während sie nun am Fenster saß und nähte, stießen die Kinder, die fünfjährige Charlotte und deren jüngeres Brüderchen Heinz, die Kanne um und der heiße Trank ergoß sich über sie. Beide erlitten schwere Brandwunden, an dessen Folgen das Mädchen bald darauf verstarb.

Der Vorwärts-Almanach für das Jahr 1922 ist der Familien-kalender des arbeitenden Volkes. Er gelangt Mitte August dieses Jahres in verbesserter Ausstattung und größerem Format bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, zur Ausgabe. In Tief-druck auf gutem Papier angeführt, reich illustriert, mit künstlerisch ansprechendem Kartonschlag, präsentiert er sich wieder als Jahr-buch mit reichem Inhalt, das auf jeder Seite das Interesse des Klassenbewußten Proletariats wahrnimmt. Er sucht über die wich-tigsten Fragen der Gegenwart zu orientieren und am kulturellen Aufbau der Zeit mitzuarbeiten. Durch eine geschickte Zusammen-stellung wird er dieser schwierigen Aufgabe gerecht. Vom neuen Deutschland plaudert er, von der Presse und demokratischer Kultur. Für die Ausschmückung des Arbeiterheims gibt er wertvolle Anleitung und läßt in Wort und Bild das Werden einer modernen Großstadt vor uns erstehen. Es fehlt ihm weder an praktischen Anregungen für zeitgemäße Kindererziehung, noch an Ratschlägen für geschmack-volle Kleidung. Besonders aber wird den Parteigenossen ein Auf-satz interessieren, der die Verhöhung des Sozialismus in der bürger-lichen Karikatur behandelt. Für die reine Unterhaltung der Er-wachsenen sowohl als der Kinder sorgen auch lustige Erzäh-lungen, Märchen, Gedichte usw. Auch der Humor kommt durch reich-lich aufgenommene Anekdoten und Witze zu seinem Recht. So wird der „Vorwärts-Almanach“ von dem arbeitenden Volke wieder als ein treuer Freund und nützlicher Zeitsweiser durch das künftige Jahr begrüßt werden, um so mehr, als sein alter niedriger Preis nicht erhöht wurde. Bestellungen nehmen alle Parvleibhandlungen entgegen.

Miß Kay Beveridge, die bekannte deutschfreundliche Ameri-kanerin, hielt am Montagabend in der Philharmonie zu Gunsten des oberösterreichischen Hilfswerks einen Vortrag über Oberösterreich und die polnischen Occulanten. Mit Beifall empfangen, sprach sie in einem historischen Rückblick von dem Wirken deutscher Kultur in Ober-österreich, das sie als deutsches Land hinstellte, eina dann zu ihrem dortigen Aufenthalt im Oktober 1920 über und schilderte die ent-sprechendsten Eindrücke, die sie von der deutschen und von der polni-schen Wirtschaft erhalten hatte. Der Politik ihres Heimatlandes ging sie scharf zu Felde, noch weit schärfer dem Autokratismus der Franzosen, derartige Oberösterreich solle ein Ganzes bleiben, betonte das Selbst-bestimmungsrecht der Völker und appellierte an das Einheitsgefühl der Deutschen. Eine unbeschönigte Unterredung erfuhr ihre Rede an-fänglich einer abfälligen Äußerung über Maximilian Harden. Ein Anwesender verwarnte sich mit großer Entschiedenheit dagegen, wurde aber schnell hinausgeführt und der entzündende Tumult bald beschwichtigt. Frau Beveridge's Ausführungen fanden lebhaften Bei-fall. Eine vom Vorsitzenden Dr. Ehrlich nach einer längeren An-sprache verlesene Resolution wurde einstimmig angenommen. — Es wäre sehr erwünscht, wenn sich Frau Beveridge jeder als anti-semitisch zu deutenden Äußerung enthalten würde.

Die ehemaligen Insassen des Lazarets Schloß Charlottenburg sprechen allen Arbeitern und Arbeiterinnen, welche sie mit Geld und Lebensmitteln unterstützt haben, ihren wärmsten Dank aus.

Das nächste Städt. Volkstheater des Währner-Orchesters findet am Freitag, den 22. d. M., abends 8 Uhr, im Währner-Saal unter Leitung von Direktor Währner statt. Karten sind zu haben bei Dorff, Engelster 15; Vorwärts, Lindenstraße 2; Arbeit, Breitenstraße; Orchester-bureau Bülowstraße 76 und an der Abendkasse.

Das Wetter für morgen.

Größtentheils heiter, nachts ziemlich kühl, am Tage wieder warm, bei mäßigen stillen Winden, Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Mittwoch, den 20. Juli:

20. Juli. Frauen und Kinder treffen sich früh um 9 Uhr bei Burg, Kreuzbäum-allee 140 zum Ausflug nach Cabanov. Restaurant: Waldschänke.

Gruppe Pantow, 7½ Uhr, im Jugendheim, Breitenstr. 22 (Eingang hinter dem Fliesenamt), Gründungsfeierabend. Vortrag über die jungsozialistische Be-wegung. Referent: Robert Müller.

Jungsozialistische Gruppe Beth. 7 Uhr, im Jugendheim, Chausseest. 45 (Katholi-kenkloster), Gründungsfeierabend. Vortrag über die jungsozialistische Be-wegung. Referent: Hans Dersch.

